

Rechtspopulismus – eine Herausforderung für Kirche und Gemeinde

Vortrag in Heilbronn am 15.1. und in Tübingen am 18.1. 2019

von Prälat i.R. Hans-Dieter Wille

„Ein Gespenst geht um in Europa....“

Noch gibt es kein dem kommunistischen *Manifest* vergleichbares Papier dieser inzwischen europaweiten wahrlich gespenstischen Erscheinung des Rechtspopulismus... Aber es finden sich Nationen übergreifende Proklamationen von Gemeinsamkeiten politischer Ziele.

Diese Gemeinsamkeiten sind schnell und plakativ genannt – und bedürfen nachher noch einer genaueren Betrachtung:

1. Zurück zu einer autoritären und ethnisch homogenen Gesellschaft,
2. Verachtung demokratischer Prozesse und Einrichtungen
3. diskriminierende Sprache, zum Teil offen ausgesprochener Hass gegen die Eliten des Landes, v.a. gegen die ordentlich gewählten Volksvertreter, Kirchenvertreter, Unternehmer etc.
4. rassistische Einordnung von Flüchtlingen
5. pauschale Ablehnung des Islam
5. Ablehnung homosexueller Partnerschaften
6. Pauschale Kritik an einer freien Presse als „Lügenpresse“

Ein Auszug.

In nahezu jedem EU-Land sind rechtspopulistische Parteien inzwischen Bestandteil von Politik und Gesellschaft.

Hierzulande bleibt man, um wählbar zu sein, „natürlich“ offiziell den demokratischen Spielregeln verpflichtet. „Demokratisch“ ist dabei das Etikett, das viele als Tarnung sehen, als strategisches Mittel, um vom Image einer radikalen, im Grunde demokratiefeindlichen Rechtspartei - mit Tendenzen einiger ihrer Mitglieder zum Rechtsextremismus - abzulenken.

Inzwischen ist die AfD und auch ihr Vorsitzender Gauland seit dieser Woche zum sog. „Prüffall“ des Verfassungsschutzes geworden.

Wir erinnern uns an die große politische Wende des Jahres 1989. Bald 30 Jahre ist das her. Inzwischen scheint nicht nur in weiten Teilen Europas, auch in unserer deutschen Gesellschaft genau das Gegenteil von dem eingetreten zu sein, was damals viele erhofften: eine Stärkung demokratischer Strukturen, die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Liberalität in Politik und Kultur.

Wer sich von Ihnen an die Tage im Oktober und November 1989 in der ehemaligen DDR erinnert, die die meisten von uns in bewegenden Bildern im Fernsehen verfolgt haben, der erinnert sich auch an die allgemeine Aufbruchsstimmung, die mit dem Mauerfall verbunden war, an große Hoffnungen auf so etwas wie eine Zeitenwende im Blick auf das Zusammenleben der Völker, aber auch im Blick auf ein friedvolles Zusammenleben in einem vereinten Deutschland.

„Wir sind das Volk“ – und seine rechtspopulistische Umdeutung

Diese Zuversicht überwog, bei aller Skepsis, die sich natürlich auch bald einstellte, - auch in unserer Kirche.

Bemerkenswert war jedenfalls: Dieser Aufbruch, der mit den sog.

Montagsgebeten in der Leipziger Thomaskirche und anderen Orten begonnen hatte, war ein Aufbruch, der von den Gemeinden ausging.

„Wir sind das Volk“ – als diese Parole schließlich aufkam, war sie im Blick auf diesen Anfang durchaus schlüssig und konsequent, und dann erst recht, als die Gemeinde dieser Montagsgottesdienste mit Gebeten und Kerzen auf die Straße ging und sehr schnell zu einer Massenbewegung anwuchs.

„Wir sind das Volk“ – was schließlich zu einer gesellschaftspolitischen Parole wurde, entsprach und entspricht durchaus dem protestantischen Verständnis von Gemeinde, die sich bekanntlich nicht „von oben“, sondern „von unten“, also vom „Gemeindevolk“ her aufbaut, von der „Gesamtheit der evangelischen Kirchengenossen“, wie es in unserer württembergischen Kirchenverfassung heißt. (Es steht dort immer noch die männliche Form!)

„Vertraut den neuen Wegen...“ Das Lied von Klaus-Peter Hertzsch, zur Wendezeit gedichtet, wurde zum Hoffnungslied schlechthin, von dem sich auch die Kirchengemeinden, die Menschen im Osten wie im Westen, nicht zuletzt auf Kirchentagen einstimmen und anstecken ließen: Denn „wer aufbricht, der kann hoffen in Zeit und Ewigkeit. Die Tore stehen offen. Das Land ist hell und weit.“ In dem Lied ist das Entscheidende versammelt, was damals viele Menschen bewegt hat. --

Ich erwähne dies alles nicht, um nostalgische Erinnerungen hervor zu rufen, sondern um diese Hoffnungen und Erwartungen zu würdigen, die Menschen – nicht nur im Osten - damals umgetrieben und zusammengeführt haben.

Auch deswegen erwähne ich es, damit diese Hoffnungen im Rückblick nicht als gefühlsduselige Illusion des erhebenden Augenblicks abgetan werden.

Nicht zuletzt wird bei einem solchen Zurückschauen der Kontrast deutlich gegenüber der Gefühlslage, in der sich die Republik, unsere Gesellschaft derzeit weitgehend befindet.

Freilich: Schon Ende 89, Anfang 90, also wenige Monate nach dem Mauerfall machte sich in den neuen Bundesländern schnell Ernüchterung breit, zum Teil bittere Enttäuschung, weil das mit den „blühenden Landschaften“ ein vorschnelles, falsche Erwartungen auslösendes Versprechen war. Auch die Vision Willy Brandts „Es muss zusammenwachsen, was zusammengehört“ erwies sich als schwieriger, als es sich viele in der Euphorie der Wende vorgestellt hatte.

Dass aber nun gerade eine rechtspopulistische, zivile und demokratische Umgangsformen verhöhnende Bewegung, wie die in den neuen Bundesländern entstandene *Pegida*, diese wirklich mutige Losung „Wir sind das Volk“ als Hassparole grölend demokratisch gewählten Vertretern und Vertreterinnen einer Regierung und anderer Institutionen entgegenschreien würde – war im Grunde schamlos. Damit konnte niemand rechnen.

„Wir sind das Volk“. 30 Jahre später klingt dieser aus einem ganz anderen geschichtlichen Zusammenhang herausgerissene und uminterpretierte Ruf aus

den Kehlen von Rechtspopulisten ganz anders. Inzwischen war diese Parole nicht nur im Osten, sondern auch im Westen heimisch geworden.

An die Stelle der freien, selbstbewussten, für das Gemeinwohl verantwortlichen Bürger und Bürgerinnen „als zentrale Figuren der liberalen Demokratie“

(Herfried Münkler) tritt nun im populistischen Denken das ethnisch homogene, politisch geschlossene „Volk“, die Monokultur einer „Volksgemeinschaft“, in der alles Fremde und als fremd Erscheinende ausgeschieden werden muss.

Es gibt die Sehnsucht und das Bedürfnis nach Heimat im Vertrauten, die wir alle bei uns selbst kennen und jedem zugestehen sollten. Dem steht die Bereitschaft, dieses Vertraute immer wieder für Fremdes und Fremde zu öffnen überhaupt nicht entgegen. Was unsere Gesellschaft braucht ist ein gesunder, weltoffener Patriotismus, wie ihn Bundespräsident Steinmeier genannt hat, der durch keinen „völkisch“ vergifteten Nationalismus zu ersetzen ist.

Der sog. Heidenmissionar Paulus, der die Christen verfolgte, weil er durch diese judenchristliche Sekte die Ganzheit des jüdischen Volkes in Gefahr sah, dieser Paulus hat es selbst erlebt, was es bedeutet und es theologisch nachdrücklich und streitbar vertreten, dass die mit ihrer religiösen und kulturellen Herkunft Fremden auf einmal gleichberechtigter Teil der christlichen Gemeinde wurden: „Da macht es keinen Unterschied, ob Jude oder Grieche, ob Sklave oder freier römischer Bürger, der Paulus selbst einer war, ob Mann oder Frau, sondern ihr seid alle gleichberechtigt in einer Gemeinschaft mit Christus Jesus“ (Gal 3, 28)

„Wir sind das Volk“ – kann man dann auch so verstehen: Wir alle, die ganz Unterschiedlichen, die mit ihren Unterschieden auch respektiert werden wollen, gehören zu diesem Gottesvolk.

Schamlos war die Übernahme dieser Losung 1989 durch die rechtspopulistische Bewegung auch deswegen, weil sie diese vier Worte, mit der für Freiheit und demokratische Rechte *des Volkes* der DDR 1989 – in z.T. lebensgefährlicher Situation - demonstriert wurde, nun dazu benutzen, um damit die demokratischen Strukturen und deren Repräsentanten zu verunglimpfen.

Allein das Beispiel einer an einem selbstgebastelten Galgen baumelnden Merkel-Puppe, wie sie bei solchen Demonstrationen immer wieder gezeigt wurde - von den Veranstaltern geduldet - , zeigte sehr bald, von welchem menschenverachtendem Geist diese Demonstrationen begleitet wurden. auch wenn nicht alle Mitdemonstrierenden damit identifiziert werden wollen.

Zu diesem Geist „passt“ die bekannte Äußerung von Alexander Gauland, von einem der Vorsitzenden der AfD, der es sich einfach mal so, en passant sozusagen „erlaubt“, die Nazi-Zeit (und damit auch ihre Verbrechen) als einen „Vogelschiss der deutschen Geschichte“ zu bezeichnen. Auch Björn Höckes Äußerung, der das Holocaust -Mahnmal in Berlin „als Denkmal der Schande im Herzen unserer Hauptstadt“ bezeichnet hat, gehört zum Charakter solcher menschenverachtender Geschichtsbetrachtung.

Genau besehen geht es hier nicht um eine Art Historiker-Streit, sondern um Verharmlosung einer der dunkelsten Phasen unserer deutschen Geschichte und

damit auch um eine Verhöhnung der Opfer dieser Geschichte zwischen 1933 und 1945.

Es geht um die Frauen, Männer und Kinder, die in den Lagern umgebracht wurden und Unvorstellbares erleiden mussten.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es gibt auch eine Würde der Toten, die Würde der gepeinigten, gequälten Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, die unantastbar bleiben muss.

Die Assoziation zu Begriffen und Redewendungen rassistischer „Sprachkultur“, wie sie die Nationalsozialisten gebrauchten, wird nicht nur in Kauf genommen, sondern wird bewusst erzeugt, wenn z.B. ein Mitglied der AfD im sächsischen Landtag im Blick auf die Flüchtlingsdebatte davon spricht, dass die „deutsche Volksgemeinschaft...unter einem Befall von Schmarotzern und Parasiten“ leide, „welches dem deutschen Volk das Fleisch von den Knochen fresse.“

Dass speziell für kriminell gewordene Flüchtlinge der Bundestagsabgeordnete und Parteimitglied der AfD Thomas Seitz die Änderung von Artikel 102, GG, also die Wiedereinführung der Todesstrafe ins Spiel bringt, geht in die ähnliche Richtung. Wenn dazuhin von Mitgliedern der AfD die als verfassungsfeindlich eingestufte NPD als „einzige Partei“ bezeichnet wird, „die immer entschlossen zu Deutschland gestanden“ habe, dann sagt das einiges aus über das Selbstverständnis der AfD und darüber, wie schnell sich ein als „volksnah“ sich gebender Rechtspopulismus mit rechtsextremem Gedankengut vermischen kann. Gerade durch diese dabei entstehende Unschärfe des Begriffs des Rechtspopulismus und der damit verbundenen Vorstellungen gelingt es einer

Partei wie der AfD, vom politisch radikalen Rand, an dem sich noch vor nicht allzu langer Zeit z.B. NPD und Republikaner befanden, in die sog. politische Mitte der Wählerschaft vorzustoßen und dort allmählich „gesellschaftsfähig“ zu werden.

Zu dieser „Mitte“ gehört auch ein nicht geringer Teil unserer Gemeindeglieder, die auf diese Weise umworben werden.

Herausgefordert durch das Bekenntnis zur Geschöpflichkeit aller Menschen

Spätestens hier, wo es um den innersten Kern und Zusammenhalt unseres Gemeinwesens geht, um den nucleus unserer Demokratie, spätestens hier sind wir als Kirche herausgefordert – und dürfen nicht schweigen.

Denn damit ist auch der Kern unseres Glaubens berührt und „angetastet“.

In der Schöpfungserzählung heißt es: „Und Gott schuf den Menschen sich zum Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn.“ (1. Mose 1, 27). Im Verständnis der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, *jedes* Menschen ist festgehalten, was in § 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ eingegangen ist.

Jeder Mensch steht nach der Überzeugung unseres christlichen Glaubens als Gottes Geschöpf in der gleichen unmittelbaren Beziehung zu seinem Schöpfer. Die amerikanische Verfassung von 1776 bringt diesen schöpfungstheologischen Ursprung des Kerns aller Menschenrechte deutlich zum Ausdruck: „dass nämlich alle Menschen gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer mit gewissen (also unbedingt geltenden) und bestimmten, unveräußerlichen Rechten

ausgestattet sind...“(that all men are created equal , that they ar endowed by their Creator with certain unalienable Rights..“

In der Sprache unseres Glaubens formuliert: „Alle Menschen sind Gotteskinder“ – und damit als Menschen geschwisterlich miteinander verbunden. Und das gilt, bevor (!) wir uns Gedanken machen, wie wir den Notleidenden unter ihnen beistehen, wie eine „Willkommenskultur“ und die Integration von Flüchtlingen aussehen könnte.

Diese „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte“, zu den sich unser Grundgesetz (in § 1, Abs. 1) „als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ ausdrücklich bekennt, basiert auf dieser von niemanden in Frage zu stellenden und aus der Welt zu schaffenden Geschöpflichkeit aller Menschen.

Wenn wir uns als Christen und Christinnen im Glaubensbekenntnis zu „Gott.., dem Schöpfer des Himmels und der Erden“ bekennen, dann bekennen wir uns auch zu dem Menschenbild, das zu diesem Bekenntnis gehört.

Bisher haben sich alle Parteien in unserem Land auf diesen mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verwandten 1. Satz unseres Grundgesetzes bezogen und haben sich im Blick auf ihr Programm und ihre ganz praktische politische Arbeit darauf hin kritisch befragen lassen.

Die Folgenlosigkeit freilich , durch die diese und andere vorhin zitierten Äußerungen von Mitgliedern der AfD ungeahndet blieben, weitgehend folgenlos für deren Autoren, folgenlos für das Selbstverständnis dieser Partei, macht

deutlich, wie wenig ernst es dieser Partei und ihren Parteigängern mit dem demokratischen Gedanken und einer demokratischen Erinnerungskultur ist, zu der sich dieser Staat und die Parteien verpflichtet haben.

Was uns als Christen herausfordert, ist nicht nur die Aufkündigung der Verantwortung vor diesem zentralen Grundgesetzartikel, sondern die Tatsache, dass damit direkt auch die Grundaussagen unseres Glaubens in Frage gestellt und mit den vorhin von mir beispielhaft zitierten Äußerungen verächtlich gemacht werden.

Das darf eine Kirche nicht einfach hinnehmen, die ihre eigenen Grundlagen, also ihr Bekenntnis und den Glauben ihrer Mitglieder ernst nimmt und damit selbst mit ihrem Auftrag ernst genommen sein will.

Um ihrer selbst und ihrer Bestimmung willen, um der Gesellschaft willen, für die sie mit Verantwortung übernimmt.

Das gilt in gleicher Weise für leitende Geistliche, die im öffentlichen Raum ihre Aufgabe wahrnehmen, für Kirchengemeinderäte, für alle haupt – und ehrenamtlich Engagierten, das gilt für jedes einzelne Gemeindeglied.

Es gilt für die öffentliche Debatte genauso wie für das persönliche Gespräch.

Die Gefahr, dass demokratiefeindliche Äußerungen gesellschaftsfähig werden

Herausgefordert ist unsere Kirche auch deswegen, weil durch die Methode des regelmäßigen Tabubruchs im Blick auf die Prinzipien einer Demokratie, die eigentlich nicht zur Disposition stehen, die Schwelle für künftige Äußerungen

dieser Art schleichend gesenkt wird. Eine solche kontinuierliche Verbreitung rechtspopulistischen bis rechtsextremen Gedankenguts, das faktisch unsere demokratische Kultur untergräbt, wirkt dann auf Dauer nicht weiter unverschämt und skandalös. Es wird *normal*.

Man hat sich inzwischen daran gewöhnt.

Man nimmt es hin wie den Wetterbericht jeden Tag – wie die Twitter eines amerikanischen Präsidenten, für die noch vor wenigen Jahren leitende Politiker zum Rücktritt gezwungen worden wären.

„Ist Menschenverachtung erst einmal gesellschaftsfähig, dann greift sie um sich wie ein Krebsgeschwür und trifft letztlich jeden.“ (Bischof Dröge, Berlin)

Es ist die Methode des „Man wird das doch noch sagen dürfen...“, das die Schwelle senkt.

Die Kirche hat auch darin ihr politisches Wächteramt wahrzunehmen, dass diejenigen, die in dieser Kirche Verantwortung tragen, wach und aufmerksam bleiben, wenn sozusagen unter der Hand antidemokratische Tendenzen sich breit machen und zur Gewohnheit werden. Wenn es soweit kommt, dass sich niemand mehr darüber aufregen muss, wird „Demokratie“ zu einem nebulösen Allerweltsbegriff, wo die rote Linie, die rechtspopulistische Politiker längst überschritten haben, kaum mehr erkennbar ist.

Ein kirchliches Wächteramt kann freilich nur so wahrgenommen werden, dass dabei nicht vergessen wird, welche Wege unsere Kirche nach 450 Jahren landesherrlichen Kirchenregiments, nach Jahrhunderten von „Thron und Altar“ selber gehen musste, bis sie sozusagen auf eigenen Füßen stand und damit auch

als eigenständiges Gegenüber zur Gesellschaft, zum Staat und ihren Parteien den Glauben vertreten konnte, nicht vergessen werden darf, dass es bitterer Erfahrungen in unserer Kirche, besonders im „Dritten Reich“ bedurfte, bis unsere evangelische Kirche zur Demokratie Ja sagen konnte.

Und zwar ein vorbehaltloses Ja zu der immer verbesserungswürdigen, aber bestmöglichen Staatsform für das Zusammenleben unterschiedlich geprägter Individuen, Gruppen, Konfessionen und Religionen.

In der berühmten Demokratie -Denkschrift („Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“) von 1985, in der die Evangelische Kirche zum ersten Mal in ihrer Geschichte die demokratische Staatform in einer Denkschrift würdigt, entstanden während der Debatten um den Nato-Doppelschluss und der Großdemonstrationen der Friedensbewegung, steht dort der lapidare Satz: „Christen nehmen als Bürger unseres Staates am demokratischen Prozess mitverantwortlich *und* (!) mitbetroffen teil...“

Sie nehmen aber so daran Anteil, dass sie dabei ihren Glauben, der auf den Zuspruch und den Anspruch des Evangeliums angewiesen ist, nicht vergessen, nicht an den Nagel hängen, um sich den eigengesetzlichen Abläufen des Politikbetriebs auszuliefern.

Eine Kirche, die im Namen dieses Evangeliums, wie es uns die biblischen Texte überliefern, „mitverantwortlich teilnimmt“, wird dies am besten tun, indem sie ihr Wächteramt auf eine Weise ausübt, ohne dabei in der Pose politischer oder moralischer Überlegenheit und Besserwisserei aufzutreten.

Sie kann es nur tun in der selbstkritischen Wahrnehmung des eigenen kirchlichen Handelns und im Bewusstsein ihrer eigenen Schuld-Geschichte.

Die Bedrohung der Demokratie geht freilich nicht nur von rechtspopulistischen Politikern aus. Wir erleben, dass große Teile unserer Bevölkerung demokratieskeptisch und politikverdrossen geworden sind und dabei sind, den Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaats und den etablierten Parteien misstrauisch gegenüberstehen, ja zu großen Teilen dabei sind, ihnen das Vertrauen zu entziehen.

Welche wahrlich dramatische Formen dieser Vertrauensentzug schon in den freilich noch relativ demokratieunerfahrenen neuen Bundesländern angenommen hat (die letzte Demokratie endete hier 1933), mag man daran ersehen, dass in einer größeren Stadt wie Gera mit annähernd 100 000 Einwohnern bei der letzten Bundestagswahl knapp 30 % der Wähler die AfD als stärkste Partei gewählt haben.

Offenbar gibt es eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen und ihren Vertretern. Vielen sind die Ergebnisse demokratischer Prozesse zu komplex, zu wenig transparent, zu langsam, zu liberal, zu sehr auf Kompromisse ausgerichtet, wo man eindeutige, einfache Entscheidungen erwartet hätte.

Ressentiment und Misstrauen gegenüber den „Eliten“

Im Grunde ist die Wahl rechtspopulistischer Parteien auch Ausdruck enttäuschter Erwartungen, die man in die Vertreter und Vertreterinnen der

seither regierenden sogenannten „Volksparteien“ gesetzt hat. Die AfD nennt sie verächtlich „Altparteien“. Diese Kritik bündelt sich im z.T. wütend vorgetragenen Protest gegen die herrschenden Eliten und an die in einer repräsentativen Demokratie üblichen Verfahren zum Erreichen von Mehrheitsentscheidungen und der Übertragung leitender Aufgaben, hinter denen pauschal Kungelei und eine den Volkswillen ignorierende Machtgier der herrschenden Eliten gesehen wird.

Diese Elitenkritik wird mit der verführerischen Suggestion verbunden, als könne der Wille des Volkes, der dann von der Herrschaft solcher Eliten frei ist, politisch *unmittelbar* umgesetzt werden, unmittelbar, ohne dass erst die mühsamen Wege und Prozesse einer repräsentativen Demokratie besritten werden müssen.

Diese Form repräsentativer Demokratie ablehnen heißt aber in der Konsequenz, sich im Grunde überhaupt von unserer demokratischen Ordnung zu verabschieden.

Mit dem Historiker Heribert Münkler ist deswegen zu sagen: „Es gibt Demokratie ganz oder gar nicht.“

Nun steht außer Frage, dass Rechtspopulismus, rechtspopulistische Stimmungen und entsprechendes Wahlverhalten nicht einfach vom Himmel fallen. Das Erstarken einer Partei wie der AfD hat mit Entwicklungen zu tun hat, die Menschen in unserer Republik, in Ost wie in West, verunsichern und Angst machen. Wir lesen oft, dass frühere Verlässlichkeiten im Schwinden sind, dass

der spätmoderne Mensch angesichts zunehmender Globalisierung und Individualisierung sich zunehmend auf sich allein gestellt sieht, bedroht vom Eindringen einer fremden Kultur und Religion. All diese bekannten und zum Teil gebetsmühlenhaft wiederholten Stichworte beschreiben aber bestenfalls ein diffuses Grundgefühl aber selten die erlebte Wirklichkeit der Menschen.

Rechtspopulismus hat – darin sind sich die meisten Analysen einig – auch zu einem Großteil mit dem Versagen der erwähnten politischen Eliten zu tun. „Die europäische Union kann nicht im Alleingang der Eliten gestaltet werden“, warnte Bundespräsident Gauck bei einer seiner letzten Reden. Denn „wir können in Europa eine wachsende Entfremdung zwischen politischen Eliten und der Bevölkerung beobachten.“

Freilich: Trotz aller berechtigten Kritik: Eine demokratische Gesellschaft braucht Menschen, die in ihr leitende Aufgaben übernehmen, die sich der Wahl stellen und durch demokratische Wahl legitimiert für eine bestimmte Zeit Verantwortung übertragen bekommen.

Eine allgemeine Politikerschelte, die Politiker und Politikerinnen grundsätzlich verdächtigt, nur für ihren eigenen Machterhalt sich politisch zu engagieren, Verdächtigungen, wie sie in unserer Gesellschaft - und zwar milieuüberschreitend. „populär“, also weit verbreitet sind, verstärkt ungewollt diese von rechtspopulistischer Seite dann „gern“ aufgegriffenen Ressentiments und schwächt so die Autorität der politisch Handelnden.

Überhaupt sei es an der Zeit, so der badische Landesbischof Cornelius Bundschuh, , dass sich der Protestantismus, der sonst Staat und staatlichen

Institutionen und ihren Repräsentanten eher kritisch eingestellt sei, sich für deren Stärkung einsetze, für einen starken, durchsetzungsfähigen demokratischen Staat, wie es Erhard Eppler auch in einem Vortrag hier in Tübingen gefordert hat.

Dass in unseren Gottesdiensten im Fürbitten- Gebet auch diejenigen, die in unserem Land, in Politik, Kultur, Wirtschaft und Presse, auch in unserer Kirche, besondere Verantwortung wahrnehmen, im Gottesdienst im wahrsten Sinne ins Gebet genommen werden, soll doch auch deutlich machen: Sie haben bei aller notwendigen kritischen Begleitung und Beobachtung, grundsätzlichen Respekt verdient, einen Respekt, der letztlich dem Volk, jedem Einzelnen zu Gute kommt – und den wir ja auch für uns selbst und für *unseren* Verantwortungsbereich erwarten.

Die Beschwörung eines mystifizierten Volkswillens und einer politisch unmittelbar umsetzbaren Volkssouveränität, unter Umgehung demokratischer Prozesse, ist nicht mehr als eine verlockende Ideologie. Dass ein solcher Volkswille als Ersatz für die parlamentarische „Quasselbude“ (Erinnerungen an „Weimar“ werden wach!) bald nach einem diesen Volkswillen verkörpernden starken Führer verlangt, liegt in der Konsequenz eines von der AfD manchmal direkt, manchmal verdeckt propagierten Staatsverständnisses.

„Repräsentative Demokratie heißt, daß die vom Volke ausgehende Gewalt als Mandat auf bestimmte Repräsentanten übertragen wird. ..“ So steht es in der erwähnten Demokratiedenkschrift der EKD von 1985. Das ist freilich mit einem

hohen Anspruch an die Mandatsträger und Mandatsträgerinnen verbunden. Zitat aus der Denkschrift:

„Die Repräsentanten haben die verschiedenen und oft divergierenden Interessen der Bürger im Blick auf das Gemeinwohl zu vertreten. Sie sind nicht nur Repräsentanten von Einzelinteressen, sondern zugleich auch für das Gemeinwohl verantwortlich.“

Zwischen „Wir schaffen das“ und „Wir können nicht alle aufnehmen“

Bei keiner anderen Frage wie der Flüchtlingsdebatte der letzten Jahre war die Frage virulent, ob die politischen „Repräsentanten“ in Berlin noch in der Lage sind, ihrer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl gerecht zu werden.

Wobei die Bundeskanzlerin selbst mit ihrem „Wir schaffen das“ im Focus stand.

Bis heute ist die Gesellschaft in dieser Frage gespalten. Wenn ich es recht sehe: geht dieser Riss auch durch unsere Kirche und durch unsere Gemeinden.

Dabei herrscht, was unsere Kirche betrifft, weitgehend Einigkeit darin, den Flüchtlingen, allen Flüchtlingen, die zu uns kommen, gastfreundlich zu begegnen und allen Formen von Fremdenhass, auch allen Formen verdeckter Fremdenfeindlichkeit, vor allem allen rassistischen Äußerungen zu widerstehen und diese ächten. Auch alles zu vermeiden und dagegen zu protestieren, wenn sie wie „Bürger zweiter Klasse“ behandelt werden. Ganz im Sinne des alttestamentlichen Gebots: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn auch ihr seid Fremdlinge in Ägyptenland gewesen.“ (2. Mose 22, 20)

Im Matthäusevangelium erfährt dieses Gebot unbedingter Nächstenliebe gegenüber dem hilfsbedürftigen Fremden noch eine christologische Zuspitzung: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern (und natürlich sind auch die Schwestern mitgemeint), das habt ihr mir getan.“ (Mt 25, 40)

Christus selbst erscheint in jedem und jeder Geflüchteten, die zu uns kommen. Für Glaubende, auch für Christen in der AfD und solche, die mit dieser Partei sympathisieren, kann es m.E. keine größere Barriere gegen alle Herabwürdigung der Fremden geben als dieser Satz aus dem Matthäusevangelium.

„Diese christliche Perspektive lässt“ freilich, radikal zu Ende gedacht, „scheinbar keine andere Lösung zu, ...als unbegrenzt viele, d.h. (möglichst) alle Flüchtlinge aufzunehmen.“ Eine solche Schlussfolgerung steht in dem sehr lesenswerten Reclamheft von Konrad Ott, *Zuwanderung und Moral*.“ Von 2016. Und Ott fügt hinzu: „Jede andere Antwort als ein unzweideutiges 'Ja!' wäre moralisch verdächtig.“ Nach Mt 25 wäre auch eine Unterscheidung von Asylsuchenden und Migrant*innen aus Armut nicht möglich.

Beide Gruppen von Fremden sind auf der Flucht und beide sind in Not und brauchen Hilfe.

Der Vorzug dieses Büchleins liegt darin, dass ohne vorherigen kritischen Einspruch gegen diese Forderung einer *kompromisslosen Nächstenliebe*, diese in ihrer ethischen Konsequenz ernst genommen wird, auch ohne gleich zu unterstellen, damit nur die Ablehnung von Flüchtlingen begründen zu wollen. Es hieße natürlich, in der Fürsorge für Flüchtlinge nicht erst auf deutschem

Boden zu beginnen, sondern schon im Heimatort der Flüchtenden. Weiter müsste auf jeden Fall für offene Grenzen, und zwar für alle, für sichere und begleitete Fluchtwege gesorgt werden und für vieles mehr. Die Verminderung der Fluchtursachen gehört zum Gebot der Nächstenliebe gehört unbedingt dazu. Eine Nächstenliebe der offenen Grenzen, „unbegrenzt“ und ungeordnet also, das begreift man schnell, wäre uferlos und wäre für alle auf diesem Feld Verantwortlichen, auch für Helfer und Helferinnen, letztlich bedrohlich. Wenn nach diesem gesinnungsethischen Ansatz, wie Ott diese Haltung nennt, Armut als Fluchtgrund anerkennen würde, wäre die Personengruppe derer, denen wir eine Bleibe bei uns zusichern müssten, auf jeden Fall extrem ausgeweitet.

Es war wohl diese meist unausgesprochene und vielleicht aus schlechtem Gewissen dem Gebot der Nächstenliebe gegenüber auch uneingestandene Angst vor diesem nicht mehr überschaubaren, nicht mehr regulierbar erscheinenden „Strom“ der Migranten, die die Zustimmungswerte für die AfD in wenigen Wochen nach oben schnellen ließen. Eine Angst, die noch gesteigert wurde durch die Fernsbilder endlos erscheinender Flüchtlingstrecks.

Der Ausdruck „Völkerwanderung“, „den man nur aus dem Geschichtsunterricht kannte, kam damals auf- und verbreitete sich als (unheimliche) Deutungsfolie.“ (Ott) Das anfangs euphorische, die Willkommenskultur“ prägende Gefühl „Wir schaffen das“ wurde sehr rasch von einer Gefühlslage abgelöst, wie sie Bundespräsident Gauck 3 Jahre später formuliert hat: „Wir haben ein weites Herz. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich... Wenn wir Probleme benennen

und Schwierigkeiten aufzählen, so soll das nicht unser Mitgefühl – unser Herz – schwächen. Es soll vielmehr unseren Verstand, unsere politische Ratio aktivieren.“ Soweit Joachim Gauck.

Die eigentlich banale Einsicht „Wir können nicht allen helfen“ – so der Titel von Boris Palmers Buch, inzwischen in der 4.Auflage – beschäftigte die Menschen in den Ämtern der Kommunen und Landkreise, die in kürzester Zeit Unterkünfte bereit stellen mussten in einer Weise, nämlich dramatisch, von dem die meisten, auch ich, der wir dem Wort der Kanzlerin vertrauten und es damals als Ausdruck spontaner Hilfsbereitschaft richtig fanden, keine Ahnung hatten. Und ein Rückgang der Flüchtlingszahlen war 2015 nicht abzusehen.

Die Vorstellung, es werden immer mehr und das nimmt kein Ende, beschäftigte auch jene Menschen, die mit größtem, wirklich bewundernswertem Einsatz ehrenamtlich sich für die Flüchtlinge engagiert haben und es zum großen Teil jetzt noch tun.

Es zeigte sich sehr schnell dieses schon angedeutete ethische Dilemma, das in dem zitierten Wort von Joachim Gauck auf den Punkt gebracht wird, ein Dilemma, das uns als Kirche genauso beschäftigen muss und uns nicht gleichgültig sein darf wie der Versuch von Rechtspopulisten, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Vielleicht – so frage ich mich manchmal im Rückblick – haben wir die ganz konkreten, sich immer mehr verschärfenden Probleme *vor Ort* zu wenig gesehen, vielleicht auch zu wenig sehen können, haben zu wenig die Menschen wahrgenommen, die unter enormen Druck standen und dieses sich abzeichnende

Dilemma ganz hautnah erlebten. Nicht selten auch verzweifelt und im Gefühl, nicht die erhoffte Unterstützung von der Politik zu erhalten, dabei begleitet von der Horrorvorstellung, der Flüchtlingsstrom würde nie mehr abreißen, ein bei aller Hilfsbereitschaft nicht auszudenkendes Schreckensszenarium, das strategisch gezielt „mit Erfolg“ von Rechtspopulisten noch zusätzlich dramatisiert wurde.

Vielleicht haben wir auch als Kirche die Menschen in diesem Dilemma und in ihrer Sorge, wie das alles noch zu schaffen sei, allein gelassen – und sie in ihrer Unsicherheit denen *überlassen*, die diese Situation nur allzu bereit für ihre politische „Strategie“ nutzen konnten.

„Die Flüchtlingskrise ist für uns ein Geschenk“, so wörtlich und zynisch Alexander Gauland.

Sorgen und Ängste wahrnehmen und respektieren

Ängste sind da – wie auch immer entstanden. Sie lassen sich nicht einfach wegdiskutieren. Wie aber lässt sich ein Gespräch einigermaßen unaufgeregt darüber führen, dass wir als Christen auf der einen Seite keine Abstriche vom Gebot der Nächstenliebe machen dürfen, ohne uns auf der anderen Seite der vernünftigen und eigentlich banalen Einsicht zu verschließen: „Wir können nicht alle aufnehmen.“

Die Angst, *auch* eine Angst, man würde damit letztlich den Rechtspopulisten zuarbeiten, blockierte schnell manche Gespräche, auch solche, die ich selbst im Freundes – und Bekanntenkreis darüber geführt habe. Aber - der Meinung sind viele nachträglich angefertigte Analysen – gerade durch eine solche

Gesprächsblockade bekam die rechtspopulistische Seite eine Zustimmung, die inzwischen bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht.

Dabei ist das, womit wir eigentlich tagtäglich eher unbewusst umgehen, ein *Wertekonflikt*, den wir uns erst einmal in aller Nüchternheit eingestehen sollten.

Natürlich war sofort der Einwand zu hören: „Wir als reiche Bundesrepublik sollten doch erst einmal unsere vorhandenen Ressourcen und Hilfsmöglichkeiten ausschöpfen, bevor diese Aussage getroffen wird.“ Der Hinweis auf begrenzte Aufnahmekapazitäten galt in diesen ersten Monaten der sog. „Flüchtlingskrise“ als politisch unkorrekt und wurde als Ausrede verstanden, sich den Geflüchteten mit aller Kraft, mit allem diakonischen und politischen Engagement zuzuwenden. Und angesichts der menschlichen Dramen, die sich an den Grenzen der Balkanstaaten und im Mittelmeer abspielten, war das sehr, sehr verständlich und naheliegend.

So wenig der Satz „Wir können nicht allen helfen“ als Ausflucht gelten darf, um sich abzuschotten – die Praxis der meisten europäischen Staaten -, der Satz behält trotzdem sein Recht. Inzwischen hat ihn auch die Vorsitzende der Grünen so übernommen.

Diese Einsicht zieht freilich politisch und ethisch heikle Fragen nach sich. Denn es geht dann um Sicherung der Grenzen, um Kontingentierung, um die Unterscheidung von Asylsuchenden und Migranten, um sichere Herkunftsländer und um Abschiebungen - und so weiter und so weiter.

Und das alles auf dem Hintergrund der ganz grundsätzlichen Frage, der wir nicht entrinnen können: Wie können wir als Christen unter diesen Umständen

einer was die Zahlen betrifft dann restriktiven, die Aufnahmekapazitäten berücksichtigenden Flüchtlingspolitik das Gebot der Nächstenliebe trotzdem erfüllen?

Dass für die Fluchtursachen auch die westliche Wirtschaftspolitik, vor der auch wir profitieren, mit verantwortlich ist - bis hin zu Ursachen, die noch in die Kolonialzeit zurückreichen, verschärft dieses ethische Dilemma noch.

Es gehört zur Wahrhaftigkeit unserer Diskurse, zur Wahrhaftigkeit einer Streitkultur, sich das einzugestehen, auch wenn wir als Kirche immer wieder auch ein deutliches „Nein!“ und ein „Nicht weiter so!“ (Stichwort „Waffenexporte“!) sagen müssen.

Was m.E. in unseren Gemeinden und in unserer Kirche, ich denke auch in unserer Gesellschaft, weitgehend fehlt, ist ein solcher offener, von Vorverurteilungen freier Diskurs über diese Fragen, – und es fehlt eine Kultur des miteinander Streitens, in der solche Ängste und dieser offenkundige ethische Konflikt, *ohne* vorherige moralische Verdächtigungen und politische Einordnungen ausgesprochen und miteinander besprochen werden können. Mit theologischer und auch seelsorgerlicher Aufmerksamkeit, zu der in besonderer Weise das Zuhören gehört.

Nur zwei Wochen nach der Grenzöffnung im September 2015 stellte der Soziologe Heinz Bude die These auf, Deutschland werde den gegenwärtig herrschenden „Flüchtlingsidealismus“ nicht lange durchhalten können und zu einem „Flüchtlingspragmatismus“ finden müssen“.

Auch wenn solche Begriffe das Problem nicht hinreichend beschreiben, vor allem zu wenig würdigen, was vor allem von Ehrenamtlichen tatsächlich geleistet wurde: grundsätzlich geredet geht es darum, wie wir das Gebot der Nächstenliebe, wie es in der Achtung der Menschenrechte zum Ausdruck kommt, verstehen.

Als absolute, abstrakte Norm einer christlichen Gesinnung, die es unbedingt zu befolgen gilt, die aber als politisches und diakonisches Handlungsmodell verstanden sehr schnell an Grenzen stößt – *oder* als ein Gebot, das diejenigen, die dieses Gebot als Richtschnur ihres Handelns übernehmen möchten, auch in ihren aktuellen und konkreten *Möglichkeiten*, Nächstenliebe zu üben, mit einbezieht, Möglichkeiten, die freilich immer wieder neu ausgelotet werden müssen.

Auch im Bewusstsein und in der Demut, den Armen der Ärmsten gegenüber immer viel schuldig zu bleiben und damit Schuld auf uns zu laden. (Was etwas ganz anderes ist, als nur von Fehlern zu reden!)

Die entsprechende Bitte im Vaterunser ist kein billiger frommer Ausweg, sondern schärft im Gegenteil unser Verantwortungsbewusstsein. Auch diese Seite der Nächstenliebe und unseres Glaubens können wir bei dieser schwierigen Frage nicht ausklammern.

Im Gleichnis vom Barmherzigen Samariter wird bezeichnenderweise dieser Samariter, der sich des Verletzten an der Straße nach Jericho erbarmt, als ein Mensch geschildert, der das für ihn Mögliche tut: er verbindet seine Wunden, er hebt ihn auf sein Pferd oder seinen Esel, bringt ihn in ein Wirtshaus und gibt

dem Wirt für die Betreuung dieses Notleidenden das entsprechende Geld. Er hilft, mit seinen Möglichkeiten und tut das Notwendige.

Ein Ausleger dieser Geschichte hat die hypothetische Frage gestellt, wie sich dieser Barmherzige Samariter denn verhalten hätte, wenn mehrere Notleidende, ausgeraubt und verletzt, im Straßengraben gelegen wären?

Sich für eine „Willkommenskultur“ weiter stark zu machen, ist das eine.

Zu bedenken, was das für die ganz praktische Integration der Asylsuchenden, für Wohnraumbeschaffung, Sprachenunterricht, Ausbildung der Kinder, für die ganze Logistik des Aufnahmeverfahrens bedeutet, die andere Seite. Beides darf nicht gegenseitig ausgespielt werden.

Viele, die in Bürgerversammlungen ihre Sorgen und ihre Befürchtungen äußerten wegen der Unterbringung hunderter junger männlicher Flüchtlinge in Turnhallen und in Notunterkünften, nicht selten mitten in ihrem Ort, hatten den Eindruck, von ihrer Umwelt, auch in den Berichten der Presse ins rechte Lager abgeschoben und als AfD Anhänger abgestempelt zu werden. Wer nicht die Meinung mit vertrat, das Land könne noch viel mehr Flüchtlinge aufnehmen, sah sich nicht selten in Schubladen gesteckt und moralischen Vorwürfen ausgesetzt, mit denen die Betroffenen schwer umgehen konnten.

Und sie wollten doch nur ihre Ängste loswerden.

Dass die AfD für viele solcher vom öffentlichen Diskurs frustrierter Mitbürger eine willkommene „Alternative“ sein konnte, muss dann einen nicht wundern.

Dagegen versteht sich die christliche Gemeinde als ein Raum, wo die Erfahrungen mit Flüchtlingen vor Ort miteinander besprochen, wo das Positive,

das Gelingen in der Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen, was die AfD mit ihrer Strategie der Beschwörung von Bedrohungsszenarien bewusst verschweigt, ausgesprochen werden, aber wo auch die Probleme, der Ärger und die Enttäuschungen nicht verschwiegen werden müssen, aus Angst, einem bestimmten ethischen Codex einer Willkommenskultur nicht zu genügen. Und sicher gab und gibt es Gemeinden, die solche dialogoffenen Räume anbieten können.

Auch dort, wo eine Abschiebung nicht verhindert werden konnte, gelang es z.B. durch das Engagement von Ehrenamtlichen aus der Tübinger Martinsgemeinde, einer Roma-Familie ein kleines Haus mit Garten in ihrer serbischen Heimat bereit zu stellen. Die Familie ist dann freiwillig zurückgekehrt und findet jetzt dort bessere Lebensbedingungen vor als vor ihrer Ausreise nach Deutschland.

In der Flüchtlingsdebatte ist ganz entscheidend, wie die Menschen in den verschiedenen Milieus übereinander denken. Es gibt den Eindruck, dass in den bildungsbürgerlichen Schichten die Neigung bestehe, auf AfD-Wähler und deren Sympathisanten mit leicht erhobenem Kinn herunter zu blicken. Aus diesem Eindruck, der sicher auch ein Vorurteil sein kann und propagandistisch verwertet wurde, speist sich das von der AfD geschürte Ressentiment gegen die bürgerlichen Eliten. Dabei muss das ein Thema unserer Kirche sein, wie wir mit den Sorgen, den Ängsten und Abwehrreflexen, auch mit den Ressentiments einer großen Minderheit in unserem Land umgehen sollen.

Der Islam und unsere Demokratie

Das gilt auch für Ängste und abwehrende Einstellungen in unserer Bevölkerung gegenüber dem Islam, Einstellungen, die weit über die potentielle Wählerschaft der AfD hinausreichen und zu einem ganz großen Teil in den Wählergruppen aller Parteien zu finden sind. Im Programm der AfD heißt es dazu: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (Kap. 6) Ein solcher Satz steht im klaren Widerspruch zu Art.3 unseres Grundgesetzes, wonach „niemand ...wegen „seiner religiösen...Anschauungen benachteiligt werden darf und nach Art. 4 GG „die Freiheit des Glaubens und die Freiheit des religiösen...Bekenntnisses...unverletzlich sind“. Er steht also auch im Widerspruch zu der „Werteordnung“, die die AfD zu verteidigen vorgibt.

Keine Frage: wir müssen uns ganz entschieden gegen die pauschale Ablehnung einer Religion wehren, die viele Muslime hierzulande als Ablehnung ihrer von unserem Grundgesetz ausdrücklich zugestandenen religiösen Identität empfinden müssen. Doch *den* Islam gibt es nicht, auch nicht in Deutschland- Ich halte darum den Streit um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht, für eine Geisterdebatte. Es ist vielmehr zu fragen: Welcher Islam ist in unsere demokratische Zivilgesellschaft und in die durch das Grundgesetz vorgegebene „Werteordnung“ integrierbar, „gehört“ also in diesem Sinne zu Deutschland – und welcher Islam nicht?

Vor allem aber: Wie können wir die Entwicklung von Parallelgesellschaften verhindern? Es gibt davon mehr in unserer Gesellschaft, als uns bewusst ist. Es gibt einen fundamentalistischen Islam, der leider in vielen deutschen Moscheegemeinden dominiert und der alles, was er für wahr, für sakrosankt hält, gegenüber Veränderungen absichert und behauptet, der Koran sei nicht auslegbar. Zugleich gibt es einen Islam, der sich mit geistigen Strömungen unserer Zeit verbindet und offen ist für eine friedliche Koexistenz mit Christen und Juden. Doch in den letzten Jahrzehnten - darauf hat auch Wolfgang Huber aufmerksam gemacht – „erleben wir beängstigende Formen von Islamisierung“, auch in Deutschland, verbunden mit einem offen propagierten Antisemitismus, der bis in unsere Schulen vorgedrungen ist.

Das macht vielen auch in unseren Gemeinden verständlicherweise Angst. Dass bei über 1 Million Geflüchteten aus dem Nahen Osten auch dieser Ungeist bei uns vermehrt eingezogen ist, kann niemand übersehen. Es wäre eine falsch verstandene religiöse Toleranz, solche Entwicklungen zu leugnen.

Dass sich inzwischen Deutsche jüdischen Glaubens aus diesem Grund in der AfD engagieren, ist grotesk, irritierend und gleichzeitig ein Alarmzeichen.

Es ist notwendig, im Verweis auf die grundgesetzlich gewährte Religionsfreiheit pauschale Verurteilungen des Islam zurückzuweisen und dabei auch an die islamische Kultur und Kunst und vieles mehr zu erinnern, das nachhaltig das sog. christliche Abendland, also auch unsere Kultur mit geprägt haben.

Doch solche Hinweise auch von offizieller kirchlicher Seite reichen nicht aus.

Wir sollten nicht allein der AfD die Gelegenheit geben, den Finger in die

Wunden nicht gelungener Integration zu legen, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Es ist darum keine übergriffige Vereinnahmung einer fremden Religion, wenn wir als Christen in Gesprächen mit unseren muslimischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen nach der *Menschlichkeit* ihrer Religion fragen und diese auch würdigen, eine Menschlichkeit, die wir doch auch für unsere eigene christliche Religion beanspruchen und diese leben wollen, also nach dem humanen Geist fragen in der ganz praktischen, alltäglichen Ausübung ihrer Religion. Wir fragen nach dem, was einem respektvollen und menschenwürdigen Umgang miteinander förderlich ist – und was nicht: in ihren Schriften, Verlautbarungen von Moscheegemeinden, nicht zuletzt auch in den Predigten der Imame.

Wir fragen nach dem Einfluss auswärtiger Regierungen auf das Leben der Moscheegemeinden hier in Deutschland.

Wir fragen – und lassen uns als Christen – und das im gleichen Atemzug sozusagen - *selbst* kritisch befragen, nach *unserer* Tradition, nach *unserem* Glauben und wie wir ihn in unserem Alltag leben, lassen uns befragen nach der Humanität unseres Glaubens.

Solche Gespräche – ich habe sie selbst in Heilbronn erlebt und geleitet – sind nicht immer einfach, aber sie sind ehrlich, weil sie nichts aus falsch verstandener Rücksichtnahme unter dem Teppich halten müssen, weil sie trotz aller Unterschiede, trotz allem Befremdlichen und Anstößigen, das wir uns eingestehen sollten, vom Anderen her zu denken versuchen.

So nehmen wir unsere Gesprächspartner mit ihrer Religion und Kultur ernst. So nehmen wir uns selbst mit unserem Glauben ernst – und hören den Gemeindegliedern mit ihren Fragen und Sorgen genau zu.

Wo das gelingt, in diesem Fall auch von denjenigen unter unseren Gemeindegliedern her zu denken, die nicht meine politische Einschätzung teilen, haben wir der rechtspopulistischen „Politik“ des Skandalisierens und Pauschalisierens den Wind aus den Segeln genommen und etwas Wirksames entgegengesetzt.

Ahmad Mansour, ein deutscher Staatsbürger, syrischer Herkunft, von Beruf Psychologe und in einer muslimischen Familie aufgewachsen, kämpft in seinen Büchern gegen beides: gegen „Falsche Toleranz“ auf der einen und gegen rechtspopulistische „Panikmache“ auf der anderen Seite. So der Titel eines seiner letzten Bücher. Nach eigener Aussage kämpft er für eine gelingende Integration deutscher Muslime in unsere Gesellschaft. Er ist Islamismus - Experte und beschäftigt sich mit Projekten und Initiativen gegen Radikalisierung, Antisemitismus und gegen patriarchal-konservative Familienstrukturen in der islamischen Gesellschaft. Solche Stimmen verdienen unsere Unterstützung, auch von Seiten unserer Kirche.

Wir dürfen nicht vergessen: Die „deutsche Gesellschaft ist in der Flüchtlingsfrage gespalten“. Das ist die These des schon oben zitierten Soziologen Bude. Die Willkommenskultur, schreibt er, werde getragen von den oberen zwei Dritteln, also überwiegend von Menschen aus bürgerlichen Schichten, deren Lage gesichert sei und die keine Konkurrenz von

Neuankömmlingen fürchten müssten. Das untere Drittel betrachte mittlerweile die Hundertausenden von Asylbewerbern ganz anders, nämlich als Ersatzheer von Arbeitskräften, die ihnen den Job streitig machen. ...

„Wer seine eigene Wohnung nicht mehr halten kann oder jahrelang auf eine bezahlbare Sozialwohnung warten muss, habe gegenüber einer großen Zahl von Menschen, die schon bald auf den Wohnungsmarkt drängen, zwangsläufig andere Gefühle als Menschen, die diesbezüglich in gut situierten Verhältnissen leben.“ (Palmer 9f)

Wir spüren es in letzter Zeit immer deutlicher: Die Angst und der daraus erwachsene Hass gegen Flüchtlinge haben inzwischen auch andere Milieus unserer Gesellschaft erfasst. Sie sind inzwischen schon zu einer bösen Gewohnheit geworden.

Empathie für den anderen, Empfindlichkeiten füreinander, vor allem für Hilfsbedürftige, können abstumpfen.

Verantwortung für die Sprache

Das erleben wir ja gerade, wie Menschen mit Worten schamlos übereinander herfallen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Nicht nur im Internet.

Wir sind als Christen versammelt in einer Gemeinschaft, die sich „Kirche des Wortes“ nennt. Das ist nicht nur eine theologisch abstrakt klingende Überschrift, sondern hat Konsequenzen, wie wir in unserer Kirche mit dem Wort umgehen, in unseren Gemeinden, aber auch im Gespräch mit Nachbarn, Freundinnen und Kollegen. „Im Gespräch bleiben, Grenzen setzen“ So ist ein Artikel

überschrieben in einer Handreichung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland für den Umgang mit dem Rechtspopulismus Dort heißt es: „Um im Dialog mit Gemeindeglieder, die rechtspopulistische Positionen vertreten, zu bleiben, ist es wichtig, eine wertschätzende Zuhörens- und Gesprächsbereitschaft gegenüber den Menschen zu signalisieren, die die Bereitschaft zeigt, die eigenen Gewissheiten nicht zum Maß zu erklären, sondern begründet zur Diskussion zu stellen.. Es kann eine Arbeit des Aushaltens sein sich mit Sichtweisen zu konfrontieren, die eigenen moralischen und ethischen Auffassungen widersprechen oder diese fundamental in Frage stellen.. Zugleich gilt es, Grenzen zu setzen...Diese ist erreicht, wo Menschen pauschal diffamiert, beleidigt oder diskriminiert werden oder ihnen die Existenzberechtigung abgesprochen wird...Kirche ist gesprächsbereit, aber nicht um jeden Preis.. Wo andere laut werden, werden wir leise. Wo andere generalisieren, differenzieren wir. Wo andere endgültige Antworten geben, fragen wir nach.“ (David Begrich, Im Gespräch bleiben, Grenzen setzen in: Reden in schwierigen Zeiten. Nächstenliebe verlangt Klarheit. Bausteine und Materialien für die Arbeit gegen Rechtspopulismus in der Gemeinde. Hg. v. Landeskirchenamt der EKM. Erfurt 2018, S.16).

Denn das göttliche Wort, das „Fleisch“, also Mensch geworden ist, wie wir es an Weihnachten gefeiert haben, soll auch unsere menschlichen Worte, soll auch unsere Sprache, unsere Gespräche bestimmen. Unsere Sprache soll im Sinn des Evangeliums menschlich sein und immer wieder menschlich werden, wenn wir miteinander, vor allem aber auch dann, wenn wir *übereinander* reden.

„Der Ton im Land ist rau geworden. Politiker werden auf offener Straße beschimpft, Journalisten als „Lügenpresse“ verunglimpft. Vor allem im Netz kennt der Hass kaum noch Grenzen. Statt zu diskutieren, brüllen sich die politischen Lager an – oder ziehen sich trotzig in ihre eigene Blase zurück. Wie kann es uns gelingen, wieder miteinander ins Gespräch zu kommen? Wie lernen wir, einander zuzuhören, auch wenn wir nicht einer Meinung sind?“

So der Text einer Ankündigung eines Diskussionsabends in Tübingen zum Thema „Streiten in Zeiten des Populismus“ nächste Woche.

Ausdruck populistischen Denkens ist eine moralisch und emotional aufgeladene polarisierende Sprache, die auf ein Freund-Feind-Schema zielt, dem alles unterworfen wird“

In dieser Sprache „bleibt wenig Platz für Schattierungen und Differenzierungen, für das was zum Selbstverständnis unserer Kirche gehört: die „versöhnte Verschiedenheit“. (Cornelis-Bundschuh)

Eine binäre Logik des Schwarz-Weiß – Denkens, in dem die eigene Meinung absolut gesetzt wird, liegt dieser populistischen Sprache zugrunde.

„Populär“ ist offenbar die eindeutige Positionierung, die signalisieren soll: Wir kennen die „Alternative“ und wissen den Weg, wie alles besser und anders wird.

Was wir dabei erleben ist ein bewusstes Überschreiten der Grenze des zivilen Umgangstons.

Es ist die Sprache der Häme, der Verdächtigung, des vernichtenden Urteils, der pauschal verdammenden Wertung, die die Netzwerke durchzieht, an der wir mitunter gewollt – ungewollt partizipieren.

Es ist eine Sprache, die die AfD und ihre Sympathisanten stark gemacht hat.

Und die Ansteckungsgefahr ist groß, sehr groß.

Die Ereignisse von Hamburg, wo linksextreme Gruppen ihrer blinden Zerstörungswut freien Lauf ließen und Chemnitz, das den Aufmarsch zu brutaler Gewalt bereiter Rechtsextremer erlebte, stehen für eine Polarisierung in unserer Gesellschaft zwischen Links- und Rechtspopulisten, die inzwischen beängstigende Ausmaße angenommen hat.

Auch das eine Folge einer ungehemmten, aggressiven Sprache, wie sie sich vor allem im Internet austobt, aber Spuren hinterlässt, die uns alle tangieren.

Es fängt mit Worten, mit einer Sprache an, die vereinfacht, an den Pranger stellt, sein Gegenüber verbal demütigt und verhöhnt.

Aber dort, wo gedroht wird, Nachrichten falsch und verdreht wiedergegeben werden, wo suggeriert wird, als sei diese globalisierte Welt mit ihren komplexen Prozessen mit einfachen Begriffen fassbar, beherrschbar in einer solchen Sprache, werden die Regeln einer fairen, dialogischen Kommunikation verlassen.

Dass ein Wort wie „Gutmensch“ inzwischen zum Schimpfwort werden konnte, mit dem politisch Andersdenkende zu gutgläubigen Naivlingen herunter gemacht werden, sagt einiges aus über den gegenwärtigen Zustand unserer

Gesellschaft. Es ist „die Umwertung der Silbe ‘gut’, die...einer ethischen Desorientierung Vorschub leistet... Es ist eine Schmäähform“ schreibt Durs Grünbein in der letzten Ausgabe der ZEIT, „die schließlich jede Regung der Humanität, der Solidarität oder schlicht der christlichen Nächstenliebe unter Verdacht stellt...Ich spüre“, schreibt er weiter, „dass Sprache wie lange nicht mehr, aber schon einmal in diesen Breiten, zum Mittel politischer Aufstachelung und Diffamierung wird, die früher oder später, hier oder da in physische Gewalt mündet. Dem Mund, der Hassparolen brüllt, folgt die Faust. Den Handgreiflichkeiten, die heute bei Demonstrationen zu sehen sind, gingen die Hetzformeln der Demagogen voraus.“ (DIE ZEIT, Nr. 3, 2019. S. 39)

„So soll es nicht unter euch sein“ (Mt 20, 26 Par), sagt Jesus zu seinen Jüngern. : „Wer seinen Bruder herabwürdigt, beschämt, bloßstellt, fertig - und runtermacht - das meint dieses das Tötungsverbot radikalisierte Jesus-Wort in der Bergpredigt, „der ist es höllischen Feuers schuldig.“ (Mt 5, 22)

Es wird also ernst. Und dieses Jesus -Wort aus der Bergpredigt ist darum sehr ernst gemeint.

Denn das ist Frage: Nehmen wir es einfach hin, dass wir von dieser Sprache des Hasses, der gegenseitigen verbalen Vernichtung dominiert werden und lassen uns *davon* beeindrucken - *oder* halten wir dem eine Sprachkultur des Respekts, der Bereitschaft zuzuhören entgegen, eine Sprache, die mitten in den Widersprüchen auf Versöhnung zielt, und auf dem Weg dorthin auch auf das Aushalten von Widersprüchen – ohne gleich mein Gegenüber zu exkommunizieren? Pflegen wir diese Sprache auch unter uns und nach außen–

und laden Menschen dazu ein, hier in *dieser* Kultur Gemeinschaft, Heimat zu finden?

Mit dieser Frage steht einiges, eigentlich alles auf dem Spiel.

Für unsere Gesellschaft im Allgemeinen und für unsere Kirche und unsere Gemeinden im Besonderen.

Wir, die Christen, haben also eine Aufgabe.

Und was die Bedrohungsszenarien betrifft, auch im Blick auf die bevorstehende Europawahl, Szenarien, in die wir uns selber manchmal selbst, mental und verbal, hineinsteigern, so ist es gut *und* ermutigend, sich an das Wort aus dem 2. Timotheusbrief zu erinnern, wo es heißt: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der *Besonnenheit*.“ (2. Tim 1, 7)

.....